

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Wochenblatt 30 Pf.

Berlin, 15. März.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

45. Sitzung vom 15. März 1899.

(Abendigung.)

Die Beratung des Kultussetats wird fortgesetzt beim Kapitel „Elementarschulwesen“. — Es werden hier zwei neue Stellen für Schulpflichter, darunter für die Provinz Posen angesetzt.

Minister Dr. Boffe erklärt auf Anfrage des Abg. v. Heydebrand (konf.), es werde demnächst eine Verfügung veröffentlicht werden, daß zwischen den Schulpflichterbehörden und den Kreis- und Schulinspektoren ein möglichst freundschaftliches und wohlwollendes Verhältnis aufrecht erhalten werden soll.

Abg. Stante und Dr. Porich (Ztr.) bringen Vorschlag der Schulpflichter zur Sprache. Abg. Daugenberg (Ztr.) beginnt über dasselbe Thema zu sprechen und wird von dem Abg. Stante (nat.) mit einem lauten „H!“ begrüßt. Dieser bemerkt, er sehe darin kein Zeichen von Wohlwollendigkeit. — Präsident v. Bülow erklärt diese Bemerkungen für nicht parlamentarisch. Er nehme aber an, der Ausdruck sei dem Redner nur entfallen.

Minister Dr. Boffe erwidert, Geistliche würden als Schulpflichter angestellt, wo es notwendig sei, die Regierung habe gegen die Geistlichen absolut nichts einzuwenden.

Abg. Schall (konf.) bedauert ebenfalls, daß vielfach die Schulpflichter den Geistlichen entzogen und Laien übertragen worden sei.

Minister Dr. Boffe entgegnet, daß eine Anzahl Geistliche selbst hinhelfen könnten: Nacht um 10 von diesem Amt! Eine Tendenz liege der Unterrichtsverwaltung fern.

Die Diskussion wird geschlossen und die Forderung bewilligt.

Nachdem dann noch eine Reihe weiterer Forderungen ohne wesentliche Debatte bewilligt werden, wird um 10 Uhr noch in die Beratung der Forderungen für das höhere Mädchenschulwesen eingetreten.

Die Forderung wird bewilligt, ebenso debattiert eine solche zur Ergänzung der vorigen zwecks Förderung des höheren Mädchenschulwesens in Westpreußen, Posen und im Regierungsbezirk Oppeln. Gegen letztere Forderung stimmen die anwesenden Voten.

Hierauf verläßt sich das Haus.
Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Zur Beisehung Bismarcks.

Der Sarg mit der Fürstin Bismarck traf vorgestern Abend in einem schwarz drapierten, mit Tannenzweigen geschmückten Wagen in Friedrichsruh ein, der die Nacht über auf einem Nebengleise stehen blieb. Gestern früh transportierten Leute des Anfahrvereins von 1866 den Sarg des Fürsten und der Fürstin in den großen Salon des Schlosses, wo die Särge bis heute aufgebahrt bleiben. Von Berlin bis Schlauhe begleiteten überall die Festgesellschaften mit der Schlingende den Leichenzug.

Gestern Mittag waren bereits sämtliche 1500 verfügbaren Karten für die Mitglieder des Hamburger Reichstagswahlvereins zur Teilnahme an der Beisehung des Fürsten Bismarck abgefordert, so daß sich eine große Anzahl aller Mitglieder der Teilnahme versagen muß. Die Beisehung ist in Hamburg das Stadtgespräch. Fortwährend laufen von nah und fern Blumenpenden ein, die Blumenstände sind mit Aufträgen förmlich überhäuft. Die Musikkapelle des 31. Infanterie-Regiments spielt bei der Beisehung Trauermusik. Der Hamburger Senat hat angeordnet, daß die öffentlichen Gebäude und die Schiffe in den Häfen bis 1 Uhr Nachmittags halbstündlich flaggen. Generaloberst Graf Waldersee-Dannover nimmt ebenfalls an der Trauerfeier teil.

Vom Freireichsruh hat sich der erste Vizepräsident Freiherr von Mantuffel nach Friedrichsruh begeben, um zwei Kränze auf die Särge niederzulegen.

Die „Hamburger Nachrichten“ erfahren aus sicherer Quelle: Die Feier wird einen militärischen Charakter haben und in kleinem Kreise erfolgen. Einladungen sind nicht ergangen, weil bei dem geringen Bekanntheitsgrade des Fürsten und der Kapelle es unmöglich sei, die Gäste diejenige Bequemlichkeit zu verschaffen, auf welche sie jedenfalls rechnen würden. Bekanntlich ist der Hausstand in Friedrichsruh seit Monaten aufgelöst und somit ein Hofleben vom Hofe aus. Es kommt hinzu, daß der Kaiser die Absicht kundgegeben hat, mit größerem Geiste teilzunehmen. Dadurch wird der an sich enge Raum in der Kapelle noch mehr beschränkt. Wegen der weitgehenden Absperrung empfiehlt es sich für Unbeteiligte nicht, nach Friedrichsruh zu fahren. Die „Hamburger Nachrichten“ fügen noch hinzu, daß der 16. März als der Beisehungstag des Kaisers Wilhelm I. seit langer Zeit für die Friedrichsruher Beisehung bestimmt war. Zur Ueberführung der Leiche des Fürsten nach dem Mausoleum stellt das Infanterie-Regiment Nr. 76 in Hamburg eine kriegstarke Ehrenwache unter dem Kommando des Hauptmanns und Kompaniechefs der 1. Kompanie, von Gledits, mit der Regimentsmusik, den Spielzeugen des 2. Bataillons und dessen Fahne. Die fliegende Fahne trägt der Infanterie-Offizier, Sergeant Krumm, der bei dieser Gelegenheit das große goldsilberne Bruststück anlegt. Die Kompanie wurde in der Nacht per Eisenbahn nach Friedrichsruh befördert. Sämtliche direkte Vorgesetzte der Kompanie sowie der kommandierende General von Waffow aus Altona nehmen an der Trauerfeier teil.

Neben dem Programm der heute stattfindenden Beisehungsfest steht folgendes: Der Kaiser trifft voraussichtlich kurz nach 11½ Uhr in Friedrichsruh ein und begibt sich in das Schloß. Ammittags darauf beginnt die Ueberführung der Särge nach dem Mausoleum. Mitglieder des Anfahrvereins in großer Galauniform tragen die Särge; zuerst den der Fürstin, dann den des Fürsten. Hinter diesem wird der Kaiser mit dem Gefolge einhergeführt. Nachdem die Särge mit dem Fuhrer nach dem Mar auf

zwei Katafalken gestellt sind, findet eine Gedächtnisfeier und Einsegnung statt. Nach Beendigung dieser Feier erfolgt sofort die Abreise des Kaisers. Beide Särge werden dann durch Mitglieder des Anfahrvereins in die Sarkophag gelegt.

Die Vorgänge in Frankreich.

Die Kammerreden des Kriegsministers de Freycinet gehören seit der Eröffnung der Budgetdebatte zu den wichtigsten Tagesereignissen, die lebhaft erörtert werden. Schon die erste erregte großes Aufsehen. Einen noch viel anhaltenderen Eindruck wird aber die zweite zurücklassen, die sich gegen die seit 1870 niemals geheilte Krankheit, die Spioniererei, richtet, deren Formen und Folgen abwechselnd tragisch und komisch sind. In beiden hat Herr de Freycinet eine Offenheit gezeigt, die man von ihm kaum erwartet hätte, in seinen Warnungen vor der Sucht, allenthalben Verrath zu wittern, überdies noch einen Wuth, der bei den Staatsmännern der Dreißig-Jahre-Affäre gegenüber selten ist. Denn daß er an die Affäre dachte, wenn er auch nicht davon sprach, war leicht ersichtlich. Die Revisionisten, die ihn bisher nicht zu den Jägern gezählt hatten, machen ihm ein Verdict daraus, die Antirevisionisten aber ein schweres Verbrechen. Die Einen bedauern, daß die Kammermajorität, welche der Rede Cavaignac die Ehre erwies, sie misant dem gefährlichen Briefe Dreyfus am 15. in den 36 000 Gemeinden des Landes verbreiten zu lassen, nicht das Gleiche für Freycinet that, sondern sich damit begnügte, den auf die Abschaffung der Militärstrafgesetze abzielenden Antrag des Sozialisten Sembat zu verwerfen. Die Anderen haben hingegen herausgefunden, daß der Kriegsminister selbst einen Verrath plant, die Begünstigung des „Syndikats“, die Vergabung von Alfred Dreyfus, ja Gewalt gegen den Kassationshof, der im Gegenzug zur Strafkammer allein „aufrichtig“ sein möchte, und die „Libre Parole“ kündigt an, er habe sich ebenfalls von dem Mammion verblenden und bestechen lassen. Die genaue Summe hat Drumont noch nicht angegeben, aber das wird schon noch kommen.

In den Kammerkourtois wird der Ausgang des Dreyfus-Prozesses als eine schwere Niederlage der Regierung angesehen. Die Tage des Ministeriums erscheinen gezählt. Esterhazy läßt die ihm zugeschriebene Behauptung: er besäße den Beweis für die Unschuld Dreyfus, dementieren und neue sensationelle Enthüllungen ankündigen. — Die Entscheidung des Kassationshofes soll durch unvorhergesehene Umstände sich etwas verzögern.

Aus dem Reich.

Ueber einen Unfall, der dem **Prinzen Heinrich** in Shanghai zugefallen sein soll, melden die Londoner „Central News“ folgendes: „Der Prinz wohnte dem Stapellauf eines Handelschiffes bei. Dabei löste sich aus dem Schiffsbug, unter welchem der Prinz stand, ein schweres Holzstück und fiel ihm auf den Kopf, so daß eine harte blutende Wunde entstand. Die Schiffsärzte haben die Wunde unverletzt.“ — Der Historienmaler **Professor Karl Emil Doepler** der weitere feierte kürzlich seinen 75. Geburtstag und begehrt am 20. März mit seiner Frau Marie, geb. Schertl, die goldene Hochzeit. — In der Stadtverordnetenversammlung zu Mainz wählte der Oberbürgermeister dem verstorbenen **Ludwig Hammer** einen Nachruf, worin er ausführte, daß ganz Mainz als Vaterstadt Hammebergers über dessen Tod trauere. — Die Hamburger Handelskammer sandte gestern zu der am 17. ds. Mts. in Berlin stattfindenden **Verdringungsausschreibung** einen prachtvollen Kranz. — Die Verhandlungen wegen **Wiedererrichtung der Berliner Getreidebörse**, welche neuerdings zwischen der Staatsregierung und den verschiedenen Interessentengruppen geführt worden sind, haben nach der „Stöln. Ztg.“ so gute Fortschritte gemacht, daß eine gegenseitige Verständigung erwartet werden kann. Insbesondere ist eine Einigung dahin erzielt worden, daß entsprechend der zentralen Bedeutung des Berliner Getreidehandels das Randwirtschaftskollegium als der neue Zentralpunkt der preussischen Randwirtschaftstammern die Vorschläge behufs Ernennung der Vertreter der Randwirtschaft bei der Produktionsbörse machen soll. — Der **Herzog von Koburg** haben beschlossen, die ihnen zur silbernen Hochzeit von den Gemeinden des Herzogthums Gotha zur Verfügung gestellten 5000 Mk. dem Verein zur Fürsorge für die Blinden im Herzogthum zur Errichtung eines Blindenheims zu überweisen.

Deutschland.

Berlin, 16. März. Der ägyptische Bombenanschlag gegen Kaiser Wilhelm im Oktober v. J. dürfte nunmehr ganz in das Reich der Phantasie zu weisen sein, denn dem Mailänder „Corriere“ wird aus Ancona gemeldet, der Staatsanwalt am dortigen Appellhof sei zu der Ueberzeugung gelangt, der angeblich in Alexandria gegen das Leben Kaiser Wilhelms geplante Anschlag beruhe lediglich auf Erfindung einiger Polizeibeamten, gegen die jetzt Anklage erhoben werden soll.

Der Kaiser hat vor einigen Tagen den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths Dr. Barthhausen, den Geheimrath Prof. Rastbach, nebst einigen anderen Herren der Kommission empfangen und sich über den Fortgang der Arbeiten am Dombau und die Vorbereitungen für die innere Ausschmückung der Predigtstühle Bericht erstatten lassen. Da auf Befehl des Kaisers die Feier eines Reichsfestes unterbleibt, so gelangen die sog. Nichteisler an die Baubeamten (vom Baumeister abwärts), die Poliere, Maurer, Zimmerer, Steinmetze u. dgl. m. Auszahlung. Die Beträge der bewilligten Zuwendungen schwanken zwischen fünf und hundert Mark; die Baubeamten erhielten ein volles Monatsgehalt. Von den auf diese Weise bedachten 150 Mann ist ein Theil nicht mehr am Dombau beschäftigt. In Betreff des Klopfes hat der Kaiser jetzt die Urkunden, die Münzen, Photographien und Zeitungen bestimmt, die in den Sarkophagen zum dauernden Gedächtniß gelegt werden sollen.

Unter den Urkunden ist die Geschichte des Dombaus, welche Denkschrift den Erbauer, Geheimrath Rastbach, zum Verfasser, und die der Monarch mit seiner eigenhändigen Unterschrift versehen hat, zu erwähnen. Augenblicklich wird in luftiger Höhe das Plateau in Stand gesetzt, worauf im englischen Kreise der Personen, deren Anwesenheit notwendig ist, der Versuch des Kasten und die Verhüllung des Knochens — wie es heißt, noch in dieser Woche — erfolgen soll. Ist dies geschehen, dann soll das Gerüst, das jetzt noch den Anblick des oberen Theils der Hauptkuppel beeinträchtigt, fallen.

Die Reorganisation der Marineverwaltung mit der Aufhebung des Oberkommandos widerspricht dem soeben erst in zweiter Veranlassung festgelegten Marineetat für das Jahr 1899. In dem Marineetat sind wie bisher im Kapitel 45 und 46 das Marineamt und Oberkommando und das Reichsmarineamt besonders etatistisch und sind die den beiden Behörden zugetheilten Offiziere und Beamte besonders nachgewiesen. Es ist daher, meint die „Freie Ztg.“, wenn nicht das ohnehin geschmälerte Staatsrecht des Reichstags verletzt werden soll, die sofortige Einbringung eines Nachtragssetats erforderlich nach Maßgabe der angelegten neuen Organisation.

Wie aus Washington gemeldet wird, sind die Verhandlungen behufs Abschlußes von Negiprospektverträgen zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und Deutschland sowie Frankreich andererseits wieder aufgenommen worden. Ferner ist noch Anstich vorhanden, daß es zu Vertragsverhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien mit Einschluß Beständig kommt. Frankreich verlangt, daß amerikanischerseits eine Tarifliste gewährt werde, die eine Reduktion der Sätze der Section 4 des Dingley-Tarifs um 20 Prozent in sich schließt, und zwar in so liberaler Weise, wie der französische Ministarist, der den ganzen Tarif umfaßt. Die Verhandlungen mit Deutschland sind auf ziemlich breiter Basis wieder aufgenommen worden. Dem Vernehmen nach ist man jetzt geneigt, dem Wunsch Deutschlands nach einem Gegenseitigkeitsvertrag größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Zur Verminderung des Fortzuges jugendlicher Krimineller aus der Heimath haben die konservativen den Antrag eingebracht, der schulpflichtigen männlichen Jugend bis zum 18. Lebensjahr den Aufenthalt in Schulpflichtstätten zu verbieten und in den kommunalen Einrichtungen zu treffen, um den jungen Leuten es zu ermöglichen, an Sonn- und Festtagen eine erfrischende und veredelnde Unterhaltung zu erlangen. Der Berichterstatter über diesen Antrag Graf von Pfeil-Hausdorf hat offenbar im Einverständnis mit den Antragstellern jetzt für die demnächst stattfindende Vollziehung des Verordnungsbeschlusses diesen Antrag in veränderter Form anzunehmen. Darnach soll nicht bloß der männlichen, sondern auch der weiblichen Jugend bis zum 18. Lebensjahr der Aufenthalt in Schulpflichtstätten verboten werden. Die Kommunen sollen verpflichtet werden, bei gleichzeitiger Gewährung eines Zuschusses aus Staatsmitteln, Meldestellen zu errichten, die im Verein mit den Dorfgemeinschaften beider christlichen Konfessionen Einrichtungen treffen, um den jungen Leuten es zu ermöglichen, an Sonn- und Festtagen in angemessener Weise eine erfrischende und veredelnde Unterhaltung zu erlangen. Nach dem Wortlaut der Gewerbeordnung soll ferner jugendmäßig bestimmt werden können, daß die Verpflegung verpflichtet sind, den vom minderjährigen Gesinde verdienten Lohn an die Eltern oder Vormünder und nur mit deren schriftlicher Zustimmung u. dgl. unmittelbar an die Minderjährigen zu zahlen.

Im Abgeordnetenhause ist von Mitgliedern verschiedener Parteien folgender Antrag eingebracht worden: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die künftige Staatsregierung zu eruchen, im Bundesrath dahin zu wirken, daß die Mittel, die zur Gewährung von Beihilfen von 120 Mark an alle nach dem Geze vom 22. Mai 1895 Artikel 3 als berechtigt anerkannte Veteranen, durch einen Nachtragssetat für das Rechnungsjahr 1899 alsbald beschafft werden.“

Die Reichstagskommission für das Invalidengesetz genehmigte gestern die Anträge Limborn in der von der Subkommission beschlossenen Fassung. Diese Anträge laufen darauf hinaus, die Aufgaben der Rentenstellen den unteren Verwaltungsbehörden unter Zuzugung von Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu überweisen und die Errichtung der Rentenstellen nun fakultativ zu machen.

Nach einer römischen Meldung konstatieren dort eingelaufene Nachrichten aus Syon, daß König Menelik gegen die Einverleibung von Gebiete in das ägyptische Gebiet vielleicht keine Einwendung mehr erheben werde, jedoch entschlossen sei, seinen Anspruch auf Gallat bei der Vertheilung zu erhalten. Die Vertheilung bleibt abzuwarten. Nebrigens wird neuerdings wieder gemeldet, daß der Negus ganz unter dem Einflusse Italiens stehe. Das religiöse Motiv spiele dabei eine große Rolle. „Der Negus sieht sich als Mittler zwischen der überlitterten christlichen Religion seines Volkes und der des Jaren, welche dessen Senbaten ihm als die wahre dargestellt haben. Russische Offiziere sind als Instruktoren für das ägyptische Heer angestellt. In Folge der durch die letzten Geandtschaften nach Abessinien gebrachten Waffenemmen ist das Heer des Negus gut mit modernen Waffen ausgerüstet. Unter solchen Umständen und da die armenischen Weiblichen Franzosen ihn dazu antreiben, glaubt Menelik eine Rolle im Sudan spielen zu können. England wird ihm die von ihm am oberen Sobat und am Abdarra besetzten Gebiete kaum vorzuenthalten können (P), aber an einen ernstlichen Widerstand gegen das Vordringen Großbritanniens im Sudan darf der Negus nicht denken. Eine andere Sache ist es, wenn er, um England einen Streich zu spielen, Rußland für seine ihm erwiesene Gefälligkeit einen Hafen an der Küste abtritt — bekanntlich ein Ziel, das Rußland seit lange mit Eifer verfolgt. In nächster Zeit kommt in Massanah der russische Dampfer „Jaroslavsk“ an, der wiederum große Vorräthe an Waffen mitbringt, sowie mehrere Offiziere als Instruktoren.“

Niederlande.

Haag, 15. März. Morgen erfolgt die Verendung der Einladungen zur Friedenskonferenz.

Italien.

Rom, 15. März. Deputiertenkammer. Am Schluß der Sitzung erklärt der Minister des Auswärtigen Canevaro, er könne augenblicklich nicht auf die über die Aktion Italiens in China eingebrachten Interpellationen antworten und zwar um so weniger, als er doch nur das Wiederholen könnte, was er gestern gesagt habe. Er schlage daher vor, daß die Interpellationen am ersten Montag nach den Osterferien zur Erörterung gebracht würden. Die Deputierten Barzilai, Graf Bonin, Santini und Bissolati erklären sich damit einverstanden, erklären jedoch, sie überließen Canevaro die Verantwortung dafür. Canevaro erwidert, er nehme für sein Verhalten die volle Verantwortung auf sich und erkläre, das augenblickliche Vorgehen Italiens beruhe keinerlei Gefahren in sich. Sollte sich ein Zwischenfall ereignen, so würde er nicht unterlassen, der Kammer die entsprechenden Mittheilungen zu machen. (Sehr gut!) Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Arbeiterbewegung.

Die Lage des **Arbeitsmarktes** ist zur Zeit sehr erfreulich. Die Berliner Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ berichtet: Die Ziffern der Arbeitsnachweiserwaltung weisen gegen den vorigen Monat sowohl, wie ganz besonders auch gegen den entsprechenden Monat des vorigen Jahres einen erheblichen Rückgang der Arbeitsuchenden nach. Im Monat Februar 1898 kamen auf 100 offene Stellen 134,2 Arbeitsuchende, im Januar d. J. 131,6, dagegen im Februar d. J. nur 111,1. Ein solcher Tiefstand des Angebots Arbeitsuchender ist bisher einzig dastehend. Von 58 Arbeitsnachweiserweisen weisen im Vergleich zum Februar vorigen Jahres nicht weniger als 41 (ein ausländischer) eine Abnahme und nur 14 (zwei ausländische) eine Zunahme des Andranges auf.

Stettiner Gartenbau-Verein.

Verammlung am 13. März.

Vorhender Herr K o d.

Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach der Vorsitzende allen denen, die durch Gratisthergabe von Bindereien und Pflanzen zur Verlosung und durch sonstige Anordnungen zum guten Gelingen des Veranlasses beigetragen haben, den Dank der Versammlung aus. — Im Anschluß an die Verlesung des letzten Protokolls theilte Herr Biese mit, daß der Vorstand von der Broschüre „Die für den Anbau und Handel wichtigsten pflanzenärztlichen Krankheiten“ 100 Stück angeschafft habe, die den Vereinsmitgliedern kostenfrei zur Verfügung stehen, und empfahl eine fleißige Benutzung dieser Begünstigung. — Von dem Regierungs-Präsidenten war ein Schreiben eingegangen, in welchem der Vorstand aufgefordert wurde, sich zu der Bekämpfung des Geheimmittelschwinds gegen Pflanzenkrankheiten zu äußern. Es war vorgeschlagen, die Bestimmungen über den Verkehr mit bestimmten Arzneistoffen in Form von Geheimmitteln auch auf den Vertrieb von Bekämpfungsmitteln gegen Pflanzenkrankheiten auszuweiten. Mit Rücksicht darauf aber, daß für die große Zahl der bereits bestehenden und sich noch neu hinzukommenden Pflanzenkrankheiten es in den meisten Fällen an sicher wirkenden Bekämpfungsmitteln fehle und durch Anwendung der betreffenden Bestimmungen auch die Erfinder guter brauchbarer Mittel schwer geschädigt werden würden, habe der Vorstand sich diesem Vorschlage nicht angeschlossen, sondern empfohlen, den Verfertiger solcher Mittel die Pflicht aufzuerlegen, ihre Präparate zunächst unter genauer Angabe der Zusammensetzung der in den Mitteln enthaltenen Stoffe einer amtlichen Prüfungsstation einzuliefern, welche dieselben sowohl auf ihre Zusammensetzung, als auch auf ihre Wirksamkeit zu prüfen hätte. Von dem Ausfall dieser Untersuchung sollte dann abhängig gemacht werden, ob das Mittel zum Verkehr zugelassen sei oder nicht. Auch eine Patentierung derartiger Erfindungen wurde empfohlen. — In einer weiteren Zuschrift des Regierungs-Präsidenten wurde mitgetheilt, daß in dem kaiserlichen Gesundheitsamte nunmehr auch eine biologische Abteilung eingerichtet worden sei; der Vorstand wurde aufgefordert, Mittheilungen über etwaige Schädigungen von Kulturpflanzen zu machen. In Verantwortung dieser Zuschrift ist Gelegenheit genommen worden, den Herrn Regierungs-Präsidenten nochmals auf die Bekämpfung der Blutlausen und auf das Ueberhandnehmen des Franzosenkrautes (Galinsoga parviflora Cav.) hinzuweisen. — Hierauf zeigte Herr Biese die nach Prof. Dr. Stoll verbesserte sogenannte Jodische Obstbaumpflanze mit zwei abnehmbaren Brausen vor, von denen die mit feineren Köchern zum Spritzen mit Bordeauxbrühe, die mit etwas gröberen Köchern zum Spritzen mit Kalkmilch dient. Herr Biese hebt hierbei hervor, daß es nicht genüge, nur die Stämme der Bäume mit Kalkmilch zu bestreichen, sondern wenn man gründlich gegen Ungeziefer und Pilzkrankheiten ankämpfen wolle, so müsse man auch die Kronen der Obstbäume bis in ihre Spitzen hinein mit Kalkmilch oder Bordeauxbrühe besprühen. Zur Vorbeugung genüge das erstere Mittel, welches man jetzt im März vor Aufbrechen der Knospen anwenden solle, wobei der abtropfende Kalk den Obstbäumen ein willkommendes Düngeelement sei. Seien indes schon Ungeziefer oder Krankheitserscheinungen vorhanden, so müsse die Bordeauxbrühe benutzt werden, deren Herstellung so einfach ist, daß sie niemand Schwierigkeiten bereite: 1 Kilo Kupfervitriol (auch Blausäure genannt) wird in einem hölzernen Gefäße mit 4—5 Liter kochendem Wasser übergossen und gehörig umgerührt, bis es ganz aufgelöst ist. Dann werden noch 45 Liter kaltes Wasser zugegeben. In einem andern Gefäße wird 1 Kilo gebrannter Kalk gelöst und vollkommen verührt unter Zufug von 50 Liter Wasser. Während nun in dem Gefäße mit Kupfervitriol kräftig gerührt wird, gießt man die Kalkmilch langsam hinzu. Die Mischung wird dann klar himmelblau erscheinen. — Um zu

sehen, ob das Kupfervitriol gut gelöst ist, taucht man die blanke Klinge eines Messers hinein: diese Klinge muß blank bleiben; läuft sie dagegen rüthlich an, so muß noch Kalkmilch hinzugefügt werden. Am besten ist es, die Mischung gleich zu verbrauchen und dabei öfter umzurühren. Die so hergestellte Kupferalkali- oder Bordeauxbrühe ist die einprozentige Lösung, die auch nach dem Austrieb und vor der Blüthe angewendet werden kann. Vor dem Austrieb, also im Februar-März, kann man eine zweiprozentige Lösung anwenden, zu welcher anstatt eines Kilo Kupfervitriol deren zwei genommen werden. Sind im Herbst starke Ungeziefer- oder Krankheitserscheinungen vorhanden, so kann man gleich nach dem Blütheausbruch eine dreiprozentige Lösung in Anwendung bringen, welche man mit 3 Kilo Kupfervitriol und 1½ Kilo Kalk auf 100 Liter Wasser herstellt. Mit dieser Mischung soll man im Herbst auch die Wände, Spaliere u. dgl. m. besprühen. Die Obstbaumpflanze ist in dem Gefäße des Herrn Biese täuschend. — Auf Vorschlag des Herrn Kemmer wurde beschloffen, einige ältere Jahrgänge von Jagdzugschiffen in der nächsten Sitzung an den Meißbieten zu versteigern. — Ueber schön blühende Staudengewächse zur Ausschmückung der Gärten berichtet Herr Kallmeyer. Derselbe verbreitet sich zunächst über die große Mannigfaltigkeit und den Wohlstand einer großen Anzahl von Staudengewächsen, wodurch dieselben zu Ausschmückung kleinerer und größerer Gärten ganz besonders geeignet erscheinen. Als beste Pflanzzeit für laubverlierende Stauden sei das Frühjahr zu bezeichnen, in dem man nicht zu früh pflanzen, sondern erst, wenn die Stauden bereits Leben zeigten, da alsdann die durch das Verpflanzen verursachte Störung gemildert werde. Bei Staudenarten mit großen kräftigen Wurzeln empfehle sich die Herbstpflanzung. Redner bespricht dann die einzelnen dankbaren zwei- und mehrjährigen Pflanzen, die sich besonders für die Ausschmückung der Privatgärten eignen, und erläuterte an der Hand der gemachten Erfahrungen die größere oder geringere Winterhartfähigkeit gegen Winterfroft und die Blüthzeit der einzelnen Gattungen und Sorten. Bepflanzen wurden die Stiefmütterchen, Bergmünch, Papaver orientale und nudicaule, die neueren Phlox perennis-Arten und unter diesen namentlich die schöne 1 bis 1½ Fuß hohe Zwergform, Anemone sylvestris und Pulsatilla, sowie die Herbst-Anemone Honorine Jobert, die aber im Winter einer leichten Decke bedarf, Aquilegia chrysantha in weiß und gelb, Iris germanica und Kampeferi, welche letztere nur im sehr fruchtbarsten Boden dankbar blüht, gefüllte Pyrethrum, Primula veris und von diesen als besonders empfehlenswerth robusta grandiflora, Primula acaulis, japonica, Siboldi und cashmeriana, Paeonia chinensis und tenuifolia, letztere mit ihrem zierlichen Laube und ihren tief dunkelrothen Blüten besonders schön, Callioptis grandiflora und Gaillardia grandiflora in ca. 20 verschiedenen schönen Farben, Dianthus barbatus und plumarius, sowie die veredelten schönen neuen Spielarten der Nemontan-Nelken. — Neben Weifall wurde dem Vortragenden für die interessanten Ausführungen zu Theil. — Im Fragekasten befand sich eine Frage: Kann man große Koniferen (Abies Nordmanniana, balsamea, Retinospora etc.), welche auf magerem Boden stehen und im lüppigen Wachstum nachgelassen haben, durch Gießen mit Jauche in der Art wie bei großen Obstbäumen wieder zu besserem Wuchs verhelfen? Die Frage wurde dahin beantwortet, daß man den alten Boden so weit wie irgend möglich von den Wurzeln wegräumen und durch besseren humusreichen Boden ersetzen und alsdann reichlich mit Wasser, event. auch mit stark verdünnter Jauche gießen muß.

Ausgestellt hatten: Frau M. Scalla durch Herrn Dahn 3 reich mit weißen Blüten überbedeckte Pflanzen von (Coeolyn cristata; Herr Obergärtner Widow (Koenig-Kiefer-Gärtner) eine reichblühende Lysaea Skinneria; Herr Obergärtner Trapp (Koenig-Kiefer-Gärtner) eine aus selbigenem Samen gezogene sehr großblühende Cineraria, und Herr J. Teubner sen. ein im Zimmer kultiviertes Monanthophyllum miniatum mit zwei kräftigen Blüthenstängeln und einem mit prächtigen kirchrothen reifen Früchten versehenen Fruchtstiel. Die Preisrichter erkannten Frau M. Scalla eine silberne Medaille, Herrn Obergärtner Widow eine Goldmedaille und den übrigen Ausstellern den Dank der Versammlung zu.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin, 16. März.** Die Reichstagskommission für die Stettiner Festungsgrundstücke ließ heute drei im Bauviertel 9 an der Turnerstraße belagene Parzellen des ehemaligen Festungsgebiets des öffentlichen zur Versteigerung bringen. Dabei wurden Vorschläge abgegeben von Herrn Bauunternehmer **Leiner** für die 717 Quadratmeter große Parzelle 8 mit 55,30 Mark, von Herrn Kupferhämmermeister **Schmidt** für die 782 Quadratmeter große Parzelle 9 mit 52 Mark und für die 1024 Quadratmeter große Parzelle 10 (Ecke der Turner- und Karlstraße) mit 65 Mark per Quadratmeter. Der Zuschlag bleibt vorbehalten.

* Wegen Maul- und Klauenseuche ist über das Dorf Mandelkow, sowie der vom Dorfe aus benachbarten Nieder, sowie auch über den Ansbau Girkow und der dazugehörigen Nieder die Sperre verhängt.

* Das Abbrauen der Obstbäume im Kreise Randow hat bis zum 1. April d. Js. zu erfolgen.

— Die bisher bestandene Verordnung, wonach Reisende, welche einen nummerierten Platz in einem Zuge einnehmen, ohne eine **Plakette** zu besitzen, und dies nicht beim nächsten Erreichen des Zugführers oder Schaffners melden, außer dem Betrage für die Plakette noch einen Zuschlag von 1 Mk. in den Fällen zu zahlen haben, in denen zweifellos die Absicht einer Störung vorliegt, ist jetzt außer Kraft getreten. Sie ließ sich in der Praxis auch wohl schwer durchführen.

— Am 4. April c. wird in Eberswalde eine **Reichsbahnanstalt** mit Stationseinrichtung und beschränktem Güterverkehr eröffnet.

zingen von Wales anlässlich seiner Reise nach
Paris zu einem Besuche in Constantinopel ein-
laden.